



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 12. Sitzung des Stadtrates vom
21.07.2011

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Aufhebung des Sperrvermerkes zur Borg-Umgestaltung "Stadt macht Platz"
Vorlage: FB 3/438/2011
2. Gründung der Münsterland Energie GmbH
Vorlage: FB 2/425/2011
3. Parken auf öffentlichen Wegen und Plätzen in Lüdinghausen
hier: Änderung der Parkgebührenordnung
Vorlage: FB 4/262/2011
4. Ermächtigungsübertragungen für investive Maßnahmen
Vorlage: FB 2/417/2011
5. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 des Abwasserwerkes der Stadt Lüdinghausen
 - a) Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und des Lageberichtes
 - b) Verwendung des Jahresergebnisses
 - c) Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.
 Vorlage: FB 3/421/2011
6. Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplans "Münsterland"
Vorlage: FB 3/436/2011
7. 5. Änd. Bebauungsplan "Stadtfeld II"
Vorlage: FB 3/433/2011
- 7.1. 5. Änd. Bebauungsplan "Stadtfeld II" - Tischvorlage
Vorlage: FB 3/441/2011
8. Bebauungsplan "Flörsel-Ost"
Vorlage: FB 3/434/2011
9. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: Gl/006/2011
10. Berichte
11. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

12. Besetzung der Schulleiterstelle an der Ostwallgrundschule Lüdinghausen
hier: Zustimmung des Schulträgers gem. § 61 Abs. 4 Schulgesetz
Vorlage: FB 4/263/2011
13. Berichte
14. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Aufhebung des Sperrvermerkes zur Borg-Umgestaltung "Stadt macht Platz" **Vorlage: FB 3/438/2011**

Stv. Mönning merkt an, dass das Thema „Borg Umgestaltung“ auch innerhalb der Fraktion intensiv diskutiert worden sei. Aufgrund dessen, dass hier eine deutliche Verkehrsberuhigung zustande kommen werde und es sich um eine investive Maßnahme handle, stimme die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Aufhebung des Sperrvermerkes zu. Eine größere Summe von Spenden sei auch weiterhin wünschenswert.

Stv. Kehl macht darauf aufmerksam, dass die UWG-Fraktion den Haushalt abgelehnt habe. Schwerpunkt des Haushaltes sei die Einnahmeverbesserung. Hier sei u. a. über die Erhöhung der Parkgebühren diskutiert worden. Auch die UWG-Fraktion halte die Verkehrsberuhigung, die durch die Umgestaltung der Borg zustande komme für wünschenswert. Die durch die Erhöhung der Parkgebühren entstehenden zusätzlichen Einnahmen werden jedoch für die Umgestaltung wieder ausgegeben.

Die Umgestaltung der Borg bzw. die Aufhebung des Sperrvermerks werde die UWG-Fraktion daher nicht mittragen.

Stv. Spiekermann-Blankertz macht deutlich, dass die SPD-Fraktion der Aufhebung des Sperrvermerkes nicht zustimmen werde. Es dürfen nicht nur die Kosten der Umgestaltung berücksichtigt werden. Es werden Folgekosten wie Bewirtschaftungs- oder Instandhaltungskosten anfallen. Auch die bisher veröffentlichten Leserbriefe seien sehr kritisch zu diesem Thema.

Der Sparwille der Verwaltung sei hier nicht mehr erkennbar.

Stv. Grundmann merkt an, dass es in der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen ein unterschiedliches Meinungsbild zu diesem Thema gäbe. Die Aspekte der Verkehrsberuhigung seien in einen bestimmten Umfang akzeptabel. Die gestalterischen Aspekte seien es jedoch nicht. Der Verwaltungsvorschlag bzw. das Gesamtkonzept werde er daher nicht mittragen.

Stv. Breitbach äußert, dass die Verwaltung mehrfach darum gebeten worden sei, Änderungen hinsichtlich der Umgestaltung zu erarbeiten. Des Weiteren seien Sponsoren gesucht worden. Diese sollten nicht vor den Kopf gestoßen werden. Das Geld werde für die Bürger ausgegeben.

Stv. Schwarzenberg merkt an, dass lange diskutiert werden könne, ob die Maßnahme finanziell möglich sei. Es handle sich hier jedoch um eine sinnvolle Maßnahme, die den städtischen Haushalt letzt endlich nur gering belaste.

Hier werde für eine Verschönerungsmaßnahme viel Geld gezahlt, das die Stadt Lüdinghausen nicht besäße, so Stv. Bontrup. Genau aus diesem Grund, sei der Sperrvermerk eingerichtet worden. Die Bürger werden mit Steuererhöhungen und Erhöhungen der Parkgebühren belastet. Gleichzeitig sollen die Mehreinnahmen jedoch direkt wieder ausgegeben werden, anstatt die Schulden zu reduzieren.

Stv. Waldt weist darauf hin, dass der für die Umgestaltung der Borg anfallende Betrag bereits im Haushalt berücksichtigt worden sei. Dieser werde durch die Investition daher nicht zusätzlich belastet. Neue Kredite werden ebenfalls nicht aufgenommen.

Stv. Bontrup weist nochmals daraufhin, dass die allg. Rücklage im nächsten Jahr vermutlich um 5.000.000,00 € reduziert werde. Es solle daher nicht mehr Geld als zwingend nötig ausgegeben werden.

Stv. Krüger merkt an, dass die Frage gestellt werden müsse, ob das Geld für die Maßnahme vorhanden sei oder ob hierfür ein Kredit aufgenommen werden müsse.

Da das Geld vorhanden sei und es sich um eine investive Maßnahme handle, werde das Haushaltsergebnis hierdurch nicht berührt. Folgekosten für die Pflege werden nicht anfallen, da diese durch ehrenamtliche Mitarbeiter übernommen werde.

Stv. Kehl weist nochmals darauf hin, dass der Haushalt im nächsten Jahr mit einem Defizit abschließen werde. Aus städtebaulicher Sicht sei die Maßnahme sicherlich zu vertreten, aus Sicht der Sparziele jedoch nicht.

Beschluss:

Der für die Investitionsmaßnahme 30022STRAS „Borg- Umgestaltung Stadt macht Platz“ angebrachte Sperrvermerk wird aufgehoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der Förderzusage durch die Landesbehörde die Umsetzung der Baumaßnahmen durchzuführen.

Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	0

TOP 2) Gründung der Münsterland Energie GmbH

Vorlage: FB 2/425/2011

Stv. Grundmann fragt an, ob neben dem Vertrieb nicht auch über den Bereich der Energieerzeugung nachgedacht werden solle.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass es sich bei dem Bereich der Energieerzeugung um einen zusätzlichen Schritt handle, über den es sich lohne in Zukunft auch nachzudenken. Derzeit befände man sich in einem laufenden europäischen Ausschreibungsverfahren, bei dem es zunächst erst einmal um die Netzübernahme gehe.

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt die kommunalen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Münsterland Infrastruktur Holding GmbH & Co. KG zur Gründung einer Spartengesellschaft „Münsterland Energie GmbH“ und alle zur Gründung dieser Gesellschaft erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

-einstimmig-

TOP 3) Parken auf öffentlichen Wegen und Plätzen in Lüdinghausen

hier: Änderung der Parkgebührenordnung

Vorlage: FB 4/262/2011

Stv. Möllmann merkt an, dass eine Parkgebührenordnung nicht nur für die Erzielung von Einnahmen vorhanden sei, sondern auch um die Verkehrsströme zu leiten.

Weiterhin erinnert er an die Einführung der blauen Plakette für Elektrofahrzeuge. Dieses Thema solle nicht aus den Augen verloren werden.

In seinen Augen sei es wünschenswert, dass Elektrofahrzeuge in der Lüdinghausener Innenstadt frei parken dürfen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Parkgebührenordnung über gebührenpflichtiges Parken in Lüdinghausen.

Darüber hinaus gelten mit Inkrafttreten der neuen Parkgebührenordnung folgende Regelungen:

- Wegfall der Brötchentaste
- Bewirtschaftung der Parkplätze ab 09:00 Uhr
- Die Höchstparkdauer wird auf 4 Stunden festgesetzt.

(Die Parkgebührenordnung vom 22.07.2011 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt)

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1

TOP 4) Ermächtigungsübertragungen für investive Maßnahmen
Vorlage: FB 2/417/2011

Beschluss:

Der Rat nimmt die Bildung von Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 1.635.986 € zur Kenntnis. Die aus der Bildung der Ermächtigungsübertragungen resultierenden Änderungen in den Finanzplänen werden ebenfalls zur Kenntnis genommen.

-einstimmig-

TOP 5) Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 des Abwasserwerkes der Stadt Lüdinghausen

a) Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und des Lageberichtes

b) Verwendung des Jahresergebnisses

c) Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Vorlage: FB 3/421/2011

Stv. Spiekermann-Blankertz spricht sich für eine getrennte Abstimmung aller drei Punkte aus.

Herr Kortendieck weist auf die Befangenheit der Mitglieder des Betriebsausschusses bei dem Abstimmungspunkt c) hin und benennt diese namentlich. Befangen sind:

- Anton Holz
- Heinrich Horstmann
- Doris Krüger
- Bernhard Möllmann
- Knut Schmidt

- Dr. Klaus- Dieter Waldt
- Josef Weiland
- Michael Spiekermann-Blankertz
- Peter Mönning
- Jürgen Berau
- Josef Wannigmann
- Dr. Wolfgang Wischnewski
- Heribert Schwarzenberg

Beschluss:

- a) Der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und der Lagebericht des Abwasserwerks der Stadt Lüdinghausen für das Geschäftsjahr 2010 werden in der vorliegenden Fassung festgestellt.

Ja-Stimmen:	31	
Nein-Stimmen:		6
Enthaltungen:		0

- b) Der Gewinn des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 338.963,28 € wird dem städtischen Haushalt und in Höhe von 609.003,25 € der Rücklage zugeführt.

Ja-Stimmen:	25	
Nein-Stimmen:		11
Enthaltungen:		1

- c) Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

-einstimmig-

TOP 6) Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplans "Münsterland"

Vorlage: FB 3/436/2011

Stv. Breitbach beantragt die Änderung des Beschlussvorschlags. Dieser soll wie folgt ergänzt werden:

Eine Ausweitung der BSN und BSL-E-Flächen über die Festsetzung in rechtskräftigen Landschaftsplänen hinaus wird abgelehnt.

In den landschaftsplanfreien Bereichen solle im Textteil unter den Zielen 29 und 30 die Formulierung aus dem zurzeit gültigen GEP: „Suchräume für den Naturschutz“ aufgenommen werden.

Beschluss:

(Antrag von Stv. Breitbach)

Der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage wird wie folgt ergänzt:

Eine Ausweitung der BSN und BSL-E-Flächen über die Festsetzung in rechtskräftigen Landschaftsplänen hinaus wird abgelehnt.

In den Landschaftsplanfreien Bereichen solle im Textteil unter den Zielen 29 und 30 die Formulierung aus dem zurzeit gültigen GEP: „Suchräume für den Naturschutz“ aufgenommen werden.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	7

Stv. Mönning teilt mit, dass die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen eine abweichende Meinung zur gemeindlichen Stellungnahme zum Regionalplanentwurf „Münsterland“ habe und trägt diese vor.

Zu II.1: Die Fraktion halte das Siedlungsflächenmonitoring für sinnvoll, da nicht nur der Rat der Stadt Lüdinghausen dadurch einen besseren Überblick über die Notwendigkeit der Ausweisung neuer ASB und GIB –Flächen bekommt, sondern auch die Bezirksplanungsbehörde Flächenverbräuche besser beobachten und gegebenenfalls moderierend eingreifen könne.

Zu III.1: Die Fraktion halte es durchaus für sinnvoll, dass bei der örtlichen Bauleitplanung der demografische Wandel zu berücksichtigen sei. Zusätzlich spräche sie sich gegen die geplante Ausweisung einer ASB-Fläche zwischen Sendener Straße und Stadtfeldstraße aus, da dieses Gebiet zu weit weg sei von wichtigen städtischen Infrastruktureinrichtungen und zu einer weiteren Erhöhung des motorisierten Individualverkehrs führen werde.

Zu III.3: Die Fraktion halte das neu ausgewiesene GIB-Gebiet in Westrup jenseits der B 58 für städtebaulich schädlich, weil hier ein singuläres Gewerbegebiet entstehen könne, dass keine sinnvolle Anknüpfung an die sonstigen städtischen Flächen habe.

Zu IV: Die im Planentwurf ausgewiesenen BSN-Flächen halte die Fraktion für sachlich nachvollziehbar. Sie sei auch der Meinung, dass dadurch noch keine die Landwirtschaft bindenden Beschränkungen vollzogen werden. Die Fraktion würde die Suchräume für den Schutz der Natur sogar ausgeweitet haben wollen, da vor Ort bestimmte Flächen für den Schutz der Natur besser erkannt werden können.

Zu VII.5: Die Fraktion halte die geforderte Südumgehung nicht für notwendig, weil damit kaum eine Entlastungsfunktion für die B 58 bewirkt werde. Der hauptsächliche motorisierte Verkehr sei Ziel- oder Quellverkehr, der durch den Bau einer Südtangente ohnehin kaum beeinflusst werde.

Des Weiteren merkt Stv. Mönning an, der Eigentümer des Grundstückes zu Punkt III.3 erstmalig davon gehört habe, dass das Gebiet überplant werden solle.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass zunächst der Entscheidungsträger sagen müsse was er wolle, bevor Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer geführt werden könnten.

Beschluss:

(Antrag von Stv. Mönning)

Die von Stv. Mönning vorgetragenen Anregungen werden bei der gemeindlichen Stellungnahme zum Regionalplan berücksichtigt.

Ja-Stimmen:	13	
Nein-Stimmen:	23	
Enthaltungen:		0

Stv. Spiekermann-Blankertz beantragt, die Anregungen der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen, abgesehen der Anregung zu VII. 5 Südumgehung, in der gemeindlichen Stellungnahme zum Regionalplan zu berücksichtigen.

Beschluss:

(Antrag von Stv. Spiekermann-Blankertz)

Die von der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen vorgetragenen Anregungen werden abgesehen der Anregung zu VII. 5 Südumgehung, in der gemeindlichen Stellungnahme zum Regionalplan berücksichtigt.

Ja-Stimmen:	7	
Nein-Stimmen:	27	
Enthaltungen:		2

Beschluss:

Der Rat beschließt, bei der gemeindlichen Stellungnahme zum Regionalplan die im Sachverhalt dargestellten Anregungen zu berücksichtigen.

Zu dem wird eine Ausweitung der BSN und BSL-E- Flächen über die Festsetzung in rechtskräftigen Landschaftsplänen hinaus abgelehnt.

In den landschaftsplanfreien Bereichen sollte im Textteil unter den Zielen 29 und 30 die Formulierung aus dem zurzeit gültigen GEP: „Suchräume für den Naturschutz“ aufgenommen werden.

Ja-Stimmen:	20	
Nein-Stimmen:	9	
Enthaltungen:	7	

TOP 7) 5. Änd. Bebauungsplan "Stadtfeld II"

Vorlage: FB 3/433/2011

Bürgermeister Borgmann verweist auf die Notwendigkeit, die Berücksichtigung von Lärmquellen aufzuzeigen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die erneute öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 5. Änderung des Bebauungsplanes „Stadtfeld II“

-einstimmig-

TOP 7.1) 5. Änd. Bebauungsplan "Stadtfeld II" - Tischvorlage
Vorlage: FB 3/441/2011

TOP 8) Bebauungsplan "Flörsel-Ost"
Vorlage: FB 3/434/2011

A. Beratung über die vorgetragenen Anregungen

a) Bezirksregierung Arnsberg, Kampfmittelräumdienst, Schreiben vom 09.02.2011

Beschluss:

Der Rat beschließt entsprechend, den in der Sitzungsvorlage genannten Abwägungsvorschlag.

-einstimmig-

b) Kreis Coesfeld, Schreiben vom 26.02.2011

Beschluss:

Der Rat beschließt entsprechend, den in der Sitzungsvorlage genannten Abwägungsvorschlag.

-einstimmig-

c) Kreis Coesfeld, Schreiben vom 01.07.2011

Beschluss:

Der Rat beschließt entsprechend, den in der Sitzungsvorlage genannten Abwägungsvorschlag.

-einstimmig-

B. Fassung des Satzungsbeschlusses

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan „Flörsel-Ost“ einschließlich Begründung gem. § 10 BauGB als Satzung.

-einstimmig-

TOP 9) Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: GI/006/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 10) Berichte

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass mit dem Vorsitzenden der UWG-Wählergemeinschaft aufgrund deren Antrag vom 30.06.2011 vereinbart worden sei, entsprechende Informationen zum Thema „Dichtheitsprüfung“ in der heutigen Ratssitzung zu geben. Überrascht sei er gewesen, dass die UWG nicht diese Information abgewartet habe, sondern bereits in einem Flyer Aussagen zum Thema „Dichtheitsprüfung“ getätigt habe, die falsche Informationen beinhalten würden, was wiederum zur Verunsicherung vieler Bürger beigetragen hätte.

Bürgermeister Borgmann erläutert, dass der § 61 a des Landeswassergesetzes nicht geändert worden sei. Im Betriebsausschuss sei der vom Gesetzgeber vorgegebene Spielraum zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger voll ausgeschöpft worden. Er macht nochmals deutlich, dass durch die von der UWG geforderte Aufhebung der bestehenden Satzung, der Bürger negativ tangiert werde. In § 61 a Abs. 3 LWG NRW sei landesgesetzlich bestimmt, dass für alle bestehenden privaten Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen und noch nie auf Dichtheit geprüft worden seien, bis zum 31.12.2015 eine Dichtheitsprüfung durchgeführt werden müsse. Von dieser gesetzlichen Frist könne die Stadt Lüdinghausen durch Erlass einer Satzung eine Verlängerung der Überprüfungspflicht bis längstens 31.12.2023 beschließen, was die Stadt Lüdinghausen bereits mit Ratsbeschluss getan habe. Es sei bislang immer wieder falsch verstanden worden, dass es zunächst nur um die schlichte Durchführung einer Dichtheitsprüfung gehe. Ob überhaupt und wenn ja, wie eine defekte private Abwasserleitung saniert werden müsse, entscheidet sich erst nach der durchgeführten Dichtheitsprüfung.

Stv. Wischnewski merkt an, dass die Mustersatzung zur Dichtheitsprüfung aufgrund von Praxiserfahrungen überarbeitet worden sei. Dies solle bei der Satzung der Stadt Lüdinghausen ebenfalls erfolgen.

Bürgermeister Borgmann macht deutlich, dass ein Aussetzen der bestehenden Fristensatzung auf Ratsbeschluss möglich sei, dies aus Sicht der Verwaltung jedoch weder notwendig noch sinnvoll sei. Die Satzung werde in allen Belangen sowohl dem Landtagsbeschluss als auch dem neuen Vollzugserlass des Ministeriums gerecht. Ein Aufheben der Satzung hätte zur Folge, dass alle Grundstückseigentümer ihre Überprüfungen bis zum 31.12.2015 vorzunehmen hätten. Dies könne nicht im Interesse der Bürger und der Stadt seien. Man solle den Spielraum bis 2023 voll ausschöpfen.

Stv. Spiekermann-Blankertz weist daraufhin, dass die Stadt Lüdinghausen vorbildlich gehandelt habe. Andere Kommunen seien hier noch längst nicht soweit wie die Stadt Lüdinghausen.

Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung sowie der Antrag der UWG-Fraktion vom 30.06.2011 sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

TOP 11) Anfragen

- a) Stv. Friedenstab richtet ein Lob bezüglich der Gespräche im Rahmen der Verbesserung des Gesundheitswesens und erkundigt sich nach den Ergebnissen der Ausschussarbeit.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass man hier noch ganz am Anfang stehe und konkret hierüber in den entsprechenden Fachausschüssen gesprochen werde.

- b) Stv. Friedenstab fragt an, welche Auswirkungen das Urteil über die Klage des Kreises Recklinghausen bzw. der kreisangehörigen Städte auf die Klage der Stadt Lüdinghausen bezüglich des GFG habe.

Bürgermeister Borgmann erläutert, dass die Klage gegen das GFG 2008 eingereicht worden sei. Ca. 60 Kommunen müssten gegen das GFG 2011 klagen.

Die Klagebegründungen gegen das GFG 2008 und GFG 2011 würden unterschiedlich

ausfallen. So sei die Klage gegen das GFG 2008 im Wesentlichen auf den „vertikalen Finanzausgleich“ gerichtet gewesen, wohin die Klage gegen das GFG 2011 im Wesentlichen auf den „horizontalen Finanzausgleich“ gelegt werde.

- c) Stv. Spiekermann-Blankertz richtet folgende Anfragen an die Verwaltung und bittet um Beantwortung der Anfragen zur nächsten Ratssitzung nach der Sommerpause.

1) Wie schätzt die Verwaltung die Realisierung eines Bürgerhaushaltes in Lüdinghausen ein, d. h. Information und Beteiligung der Bürger am Verfahren der Haushaltsaufstellung?

2) Für welches Haushaltsjahr könnte die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes realistischerweise in Betracht gezogen werden?

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:00 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Andrea Planhof
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 12. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Lüdinghausen am 21.07.2011

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Höring, Volker	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schäper, Gabriele	
Schmidt, Knut	
Schnittker, Alois	
Schotte, Irmgard	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Knuhr, Willi	

Spiekermann-Blankertz, Michael	
-----------------------------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fohrmann-Schwerter, Ulrich	
Grundmann, Eckart	
Guntermann, Christine	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Bontrup, Florian	
Kehl, Markus	
Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Susanne	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Schäfer, Gregor	
Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	

von der Verwaltung

Gantefort, Markus	
Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Planhof, Andrea	
Tuschmann, Werner	

Entschuldigt: